

Gustav Wall
Haarenufer 16
26122 Oldenburg

E-Mail: gustav.wall (ät) sprechrn.de



Deutschlandradio
an Intendant Dr. Willi Steul
Raderberggürtel 40,
50968 Köln

13.03.2015

**Programmbeschwerde wegen Missachtung der „Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland“-Programmgrundsätze
Hier: Verstoß gegen § 11 des Staatsvertrags
Programmbeschwerde Unterdrückung von Nachrichten im Deutschlandfunk,
hier österreichisches "Kooperationsmodell soll am Donnerstag auch beim Treffen der EU-Innenminister in Brüssel diskutiert werden" [2]**

Sehr geehrter Dr. Steul,
Sehr geehrte Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit des Bundes,
Sehr geehrte Beauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit der jeweiligen Bundesländer,
Sehr geehrte Frau Vorsitzende der Rundfunkkommission,
Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

"Der deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunk hat im Rahmen seines Programmauftrages nach § 11 Abs. 2 und 3 Rundfunkstaatsvertrag (RStV) die Pflicht, „im Interesse von Informationsfreiheit und Demokratie, ein vielfältiges, umfassendes und ausgewogenes mediales Angebot zu sichern.“ [13]

Nach meiner Auffassung verletzt der Deutschlandfunk die Pflicht, umfassend und ausgewogen über das Treffen der EU-Innenminister zu berichten.

Begründung

Der Quelle [2] habe ich entnommen, dass österreichisches "Kooperationsmodell soll am Donnerstag auch beim Treffen der EU-Innenminister in Brüssel diskutiert werden", wobei beim Kooperationsmodell es sich um ein Modell, um "Gewaltvideos möglichst schnell aus Netz entfernen" [2]. Ohne die vom Löschen betroffene Inhalte zu eigen zu machen, habe ich Sorgen:

1. dass mit dem in [2] beschriebenem Modell de facto eine Zensur-Infrastruktur installiert wird, die ernstzunehmende Gefahr für die Meinungsvielfalt bei der Meinungsbildung darstellt,

2. als fatal empfinde ich die Tatsache, dass durch die fehlende Berichterstattung bzw. Unterdrückung der Nachricht durch die meisten Medien:
 - **die Zivilgesellschaft über die bereits stattfindende internetweit wirksame Zensur nichts ahnt**
 - **die Zivilgesellschaft über die Funktionsweise, über die Löschkriterien der bereits stattfindenden internetweiten wirksame Zensur nicht informiert ist**
 - es fand keine gesellschaftliche Debatte zur Legitimität, Wirksamkeit, die Funktionsweise, über die Löschkriterien und **Auswirkungen auf die Gesellschaft derartigen radikalen Eingriffs in die Meinungsbildungsprozesse und Informationsfreiheit, die einen Verfassungsrang haben.** Diese de facto Zensur ist in meinen Augen die Realisierung der wiederum ohne Einbeziehung der Zivilgesellschaft entwickelten [Handlungsempfehlungen, die in dem für die Rundfunkkommission erstelltem Gutachten](#) [3] enthalten sind. Die Gutachter führen in [\[3\] auf der Seite 121](#) aus:

„Ferner kann es sinnvoll sein, dass Bund und Länder sich im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Kommunikationsordnung – gemeinsam und jeweils in den eigenen Kompetenzbereichen – auf Prinzipien und Grundsätze verständigen, die auch bei der Auflösung von Kollisionslagen maßgeblich sind. Dazu könnten Folgende gehören:

[...]

Die Beschränkung der Regulierung auf das für die Erreichung der Regulierungsziele Erforderliche, die Etablierung einer flexiblen, lernfähigen Regulierung.“

Mit Rücksicht auf das Gutachten [3] interpretiere ich den mit dem Ziel die Terrorpropaganda zu bekämpfen praktizierte Zensur [2] so, dass hier de facto ein Teil der in [3] für die Bundesländer und den Bund entwickelte Handlungsempfehlungen von Österreich bereits umgesetzt und auf der EU-Ebene wirksam für die Internet-Nutzer aller EU-Staaten realisiert werden.

Als alarmierend und inakzeptabel betrachte ich die Tatsache, dass die Entscheidungen, die **mit einer enormen Tragweite und Wucht**

- auf die **Wahrnehmung von Grundrechten mit Verfassungsrang wie Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit**
- sowie auf die Entwicklung der Gesellschaft

sich auswirken, unter Ausschluss der Zivilgesellschaft ohne gesamtgesellschaftliche Debatte getroffen und dabei **verletzen die öffentlich-rechtliche Medien ihre Pflicht, die Öffentlichkeit über die geplante oder evtl. bereits europaweit wirksame Zensur-Infrastruktur aufzuklären.** Gleichzeitig berichtet der Deutschlandfunk vom gleichen Treffen der EU-Innenminister über die „Schärfere Kontrollen an Außengrenzen des Schengen-Raums“ [4]. **Es ist alarmierend, dass die Zensurlösung [2], die unsere Grundrechte erheblich beschneidet, in der Berichterstattung des Deutschlandfunks keine Beachtung findet.**

Mein Vertrauen darauf, ob die im Gutachten [3], [3.1] entwickelte Handlungsempfehlungen den Grundsätzen einer guter wissenschaftlicher Praxis genügen, leidet erheblich:

1. unter dem aus meiner Sicht offensichtlichen Interessenkonflikt, mit dem Prof. Dr. Wolfgang Schulz [5] konfrontiert wurde, als er den Auftrag angenommen hat, das Gutachten zur [neuen Medienordnung](#) [6] zu erstellen. Bspw. ist im Gutachten [3] der **Handlungsbedarf für die Sicherung der Meinungsvielfalt schwerpunktmäßig mit der marktbeherrschenden Stellung von Google, die auch in der Zensur-Lösung [2] eine wichtige Rolle spielt, begründet.** Um dieser marktbeherrschenden Stellung entgegenzusteuern, haben die Gutachter entsprechende Handlungsoptionen entwickelt. Hier stehen die **Interessen von Google als Drittmittelgeber für beide Institute, die Prof. Dr. Schulz als Direktor leitet, im Widerspruch zu den Interessen des Auftragsgebers für das Gutachten,** was in meinen Augen die Glaubwürdigkeit von den o.g. Handlungsoptionen erheblich beschädigt.

2. Angesichts **frappierender inhaltlichen Übereinstimmungen**, die ich zwischen den Lösungsansätzen bzw. Visionen aus der „Grundsatzrede des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz beim Senatsempfang anlässlich des medienDialog^{HH} 2014 am 03.06.2014“ und den [Handlungsoptionen der Gutachter](#) [3] erkenne, bspw. die zentrale Bedeutung der [Intermediäre](#) [9] in beiden Quellen. In diesem Zusammenhang drängen sich bei mir die Ausführungen von Dr. Tobias Behnen, Verkehrsgeograph an der Universität Göttingen über [das Problem von Gefälligkeitsgutachten bei den von der Politik gewünschten Prestige-Projekten](#) auf.
3. Weil in meiner Wahrnehmung **kollidieren** die von einer Diskretion geprägte längerfristig angelegte [Zusammenarbeit des Bundes mit Google im Rahmen der HIIG gGmbH](#) [11] und die von der „[Bund- Länder- Kommission zum Thema Konvergenz der Medien und regulatorische Folgen](#)“ [10] **sportlich lediglich auf diese Legislaturperiode eingeplante Mammut-Aufgabe, die negative Auswirkungen der marktbeherrschenden Stellung von Google zu überwinden, unübersehbar**. Dahinter kann ich kein schlüssiges Konzept erkennen.
4. [die Rundfunkkommission ist nicht bereit](#) [14], eine Auskunft darüber zu geben, welches Vergabeverfahren bei der Vergabe des Gutachtens [3] verwendet wurde.

Diffamierung der Netzgemeinde und Kriminalisierung des digitalen Raums

- "Was die Netzneutralität betrifft, da haben wir gerade in Deutschland Talbian-artige Entwicklungen. Da ist die Netzgemeinde, da sind die Piraten unterwegs, da gehts um perfekte Gleichmacherei." [so zitiert Netzpolitik Günther Oettinger \[12\]](#) Es ist ein Skandal, dass ein EU-Kommissar die *Netzgemeinde*, indirekt eine *demokratische Partei* sowie *Netzneutralität* respektlos in einem Atemzug mit "**Talbian-artigen Entwicklungen**" nennt, statt Meinungsdivergenzen zu klären und Argumente auszutauschen.
- Ein weiterer Skandal ist, dass diese plakative Kriminalisierung der Mitmenschen, die andere Vorstellungen über das Miteinander im digitalen Raum haben, vom EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft geäußert wird, der von Amts wegen dafür zuständig ist, das Miteinander im digitalen Raum zu gestalten.
- **es ist ein Skandal hoch drei, dass die öffentlich-rechtliche Medien dieser Diffamierung keine Beachtung schenken - bis heute**. Und so die Chance verpassen, einen hochfliegenden Politiker auf den Boden der Tatsachen zu holen und zu einer **EntKriminalisierung und EntRadikalisierung des digitalen Raums** beizutragen.

Die Zivilgesellschaft, die Netzgemeinde, die bekanntlich über ein profundes know-how im Bereich digitale Technologien verfügen, bekommen leider wenig bis gar keine Möglichkeit in öffentlich-rechtlichen (Leit-)Medien sich gegen derartige Diffamierungen zu wehren.

- **Ich fordere Sie, Dr. Steul auf, alles daran zu setzen, damit der Deutschlandfunk dem**

"§ 11

Auftrag

[...]

(2) Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben bei der Erfüllung ihres Auftrags die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen." [17]

- **... gerecht wird und**
 - **für eine umfassende Berichterstattung über alle Ereignisse, die unsere Grundrechte derart beschneiden, wie die Zensur [2]**
 - **für eine ständige Präsenz der millionenschweren Netzgemeinde im**

Deutschlandfunk sorgen, damit die Netzgemeinde:

- sich besser vernetzen, organisieren
- den digitalen Raum erklären
- sich den nicht-internetaffinen Zuhörerinnen und Zuhörern vorstellen
- ... kann.
- Ich fordere:
 - die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
 - die Beauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit der Bundesländer
 - die Amtsträger beim Bund
 - die Amtsträger der Rundfunkkommission

auf Ihnen zur Verfügung stehende von Amts wegen und/oder technische Möglichkeiten für die Manipulation von Informationen im Einklang mit dem Amtseid einzusetzen und die verfassungsmäßige Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger stets zu respektieren.

Quellen

- [1] Suche nach *Youtube* auf *deutschlandradio.de* - [http://www.deutschlandradio.de/text-und-audio-suche.287.de.html?search\[submit\]=1&search\[word\]=youtube](http://www.deutschlandradio.de/text-und-audio-suche.287.de.html?search[submit]=1&search[word]=youtube)
- [2] Kooperationsmodell soll am Donnerstag auch beim Treffen der EU-Innenminister in Brüssel diskutiert werden, 12.03.2015 - <http://derstandard.at/2000012824324/Kampf-gegen-Terrorpropaganda-Innenministerium-kooperiert-mit-Youtube>
- [3] Gutachten „Konvergenz und regulatorische Folgen“, 17.10.2014 - <http://www.hans-bredow-institut.de/de/forschung/konvergenz-regulatorische-folgen>
- [3.1] AG Medienstaatsvertrag. Medienvielfalt fördern, 17.10.2014 - http://www.rlp.de/no_cache/einzelansicht/archive/2014/october/article/medienvielfalt-foerdern/
- [4] Schärfere Kontrollen an Außengrenzen des Schengen-Raums, 13.03.2015 - http://www.deutschlandfunk.de/schaerfere-kontrollen-an-aussengrenzen-des-schengen-raums.353.de.html?drn:news_id=461615
- [5] Prof. Dr. Wolfgang Schulz - <http://www.hans-bredow-institut.de/de/mitarbeiter/prof-dr-wolfgang-schulz>
- [6] neue Medienordnung - ein Schnelleinstieg, 06.02.2015 - <http://luesi.sprechrun.de/?id=2362>
- [7] Grundsatzrede des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz beim Senatsempfang anlässlich des mediDialogHH 2014 am 03.06.2014 - <http://www.hamburg.de/contentblob/4322990/data/2014-06-03-mediendialog.pdf>
- [8] Wie die neue Medienordnung Deutschlands und Europas Zukunft prägen wird, 27.02.2015 - <http://neue-medienordnung-plus.sprechrun.de/?id=2429>
- [9] von A bis Z: Intermediäre - <http://medien21.sprechrun.de/index.php?id=2124#c1999>
- [10] Bund- Länder-Kommission zum Thema Konvergenz der Medien und regulatorische Folgen, 11.12.2014 - <https://fragdenstaat.de/files/foi/23966/TOP17bBundLnderKommissionKonvergenzderMedien.pdf>
- [11] Google saugt das know-how ab - der Staat hilft mit! 13.03.2015 - <http://luesi.sprechrun.de/?id=2555#c2439>
- [12] <https://netzpolitik.org/2015/guenther-oettinger-netzneutralitaet-toetet-befuerworter-sind-taliban-artig/>
- [13] <http://de.wikipedia.org/wiki/Grundversorgung#Rundfunk>
- [14] Antwort der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz vom 10.03.2015 - https://fragdenstaat.de/files/foi/24777/Schr.anG.Wallv.10.03.2015_geschwaerzt.pdf

Mit freundlichen Grüßen

Gustav Wall